

Dringliche Fragen

**für die Fragestunde der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. April 2010**

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu den Äußerungen vom Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, im „SPIEGEL“ vom 19. April 2010 einen im Rahmen des Rettungspakets für Griechenland zu gewährenden Milliardenkredit nicht im Bundeshaushalt über einen Nachtragshaushalt aufzuführen und auf Grundlage welcher Bestimmungen im Haushaltsrecht sieht sie sich zu einer solchen Vorgehensweise berechtigt?
2. Abgeordnete
Priska Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie soll das vom Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, im „SPIEGEL“ vom 19. April 2010 angekündigte Bundesgesetz, das die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (KfW) und die dafür ausgesprochenen Garantien der Bundesregierung begleiten soll, ausgestaltet werden, und warum werden die darin enthaltenen finanziellen Verpflichtungen für die Bundesregierung, die laut Vereinbarungen der EU-Finanzminister vom 10./11. April 2010 nach dem jederzeit möglichen Antrag Griechenlands sofort fällig werden würden, nicht in den Bundeshaushalt in Form eines Nachtragshaushalts einbezogen?
3. Abgeordnete
Priska Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung das finanzielle Risiko, dass durch die im Zuge der Vereinbarungen der EU-Finanzminister vom 10./11. April 2010 nach einem entsprechenden Antrag Griechenlands sofort fällig werdende Bundesgarantie für Kredite der KfW für den Bundeshaushalt entstehen könnte (vgl. Interview von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble im „SPIEGEL“ vom 19. April 2010), und mit welchen Maßnahmen plant die Bundesregierung auf diese Risiken zu reagieren?

Berlin, den 20. April 2010

